

Moritz Sutterer

Das Kollisionsrecht der kollektiven Rechtewahrnehmung



Nomos



Stämpfli Verlag



ABHANDLUNGEN ZUM
URHEBER- UND KOMMUNIKATIONSRECHT

des Max-Planck-Instituts für
Innovation und Wettbewerb

Herausgegeben von
Josef Drexl
Reto M. Hilty
Gerhard Schricker
Joseph Straus

Band 65

Moritz Sutterer

Das Kollisionsrecht der kollektiven Rechtewahrnehmung



Nomos



Stämpfli Verlag



Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: München, Ludwig-Maximilians-Universität, Diss., 2023

1. Auflage 2024

© Moritz Sutterer

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print) 978-3-7560-1515-3
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden

ISBN (ePDF) 978-3-7489-4322-8
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden

ISBN 978-3-7272-4299-1
(Stämpfli Verlag, Bern)

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748943228>

Die Schriftenreihe ist bis Band 51 beim
Verlag C.H. Beck, München erschienen.



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung
4.0 International Lizenz.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand während meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb in München. Sie wurde im Sommersemester 2022 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Das Rigorosum fand am 31. Mai 2023 in München statt. Die Arbeit wurde für die Veröffentlichung auf den Stand Oktober 2023 gebracht.

Mein herzlicher Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Josef Drexl, LL.M. (UC Berkeley), Direktor am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb in München. Er hat die Betreuung dieser Arbeit übernommen und sie angeleitet. Der kritische und konstruktive Austausch mit Josef Drexl, seine Diskussionsbereitschaft und seine weitsichtigen Anmerkungen waren für das Gelingen dieser Arbeit unerlässlich. Er hat mir zugleich die Freiheit gelassen, meine Gedanken selbstständig zu entwickeln und eigene Wege zu gehen. Für das mir entgegengebrachte Vertrauen will ich ihm danken.

Mein Dank gilt auch Prof. Dr. Dr. Reto M. Hilty. Gemeinsam mit Josef Drexl prägten beide über Jahrzehnte hinweg die rechtswissenschaftliche Abteilung des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb. Sie entwickelten nicht nur die wissenschaftliche Ausrichtung des Instituts, sondern sorgten auch für die einzigartigen Forschungsbedingungen, die es mir ermöglichten über sechs Jahre hinweg diese Arbeit zu verfassen, an vielen spannenden Projekten mitzuwirken, mit klugen Menschen in Austausch zu treten und dabei selbst zu wachsen. Hierfür steht unser MPI. Es ist geprägt von einer herzlichen und vertrauensvollen Atmosphäre, die unerlässlich ist, um mutige Ideen zu entwickeln und miteinander in kritischen Austausch zu treten. Ich hätte mir die kollegiale Forschungsumgebung an unserem Institut kaum besser wünschen können. Darum sind auch viele weitere Personen zu nennen, die meine wissenschaftliche Entwicklung und die Entwicklung dieser Arbeit beeinflusst haben und für deren Unterstützung, Kollegialität und Freundschaft ich Dank sagen möchte.

Davor möchte ich aber noch Herrn Prof. Dr. Matthias Leistner, LL.M. (Cambridge) meinen Dank aussprechen. Er hat die Erstellung des Zweitgutachtens übernommen und war bereit, sich auf eine komplexe und sehr

spezielle Thematik einzulassen. Sein Gutachten enthielt weitere wertvolle Anmerkungen und die motivierende Anregung einzelne Punkte, für die ich in dieser Arbeit nur den Grundstein legen konnte, wieder aufzugreifen und in einem anderen Rahmen einer Veröffentlichung zuzuführen.

Aus dem Kreis der Kolleginnen und Kollegen möchte ich Pedro Batista, Dr. Beatriz Conde Gallego, Dr. Luc Desaunettes-Barbero, LL.M. (College of Europe), Dr. Tobias Endrich-Laimböck, MJur (Oxford), Dr. Franziska Greiner-Wittner, Dr. Vikas Kathuria, Dr. Daria Kim, LL.M. (MIPLC), Shraddha Kulhari, Dr. Matthias Lamping, Prof. Dr. Dr. Mark-Oliver Mackenrodt, LL.M. (NYU), Dr. Stefan Scheuerer, Peter R. Slowinski, J.S.M. (Stanford) und Dr. Gabriele Spina Alì ausdrücklich danken. Zudem danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Bibliothek für ihren stets engagierten und gewissenhaften Einsatz, der meine Arbeit am Institut wesentlich erleichtert hat. In ihrer Funktion als Betreuerin am Institut hat mich Izv. Prof. Dr. Silke von Lewinski engagiert unterstützt. Dr. Eva-Marina Bastian hat für alle Doktorandinnen und Doktoranden immer ein offenes Ohr. Geduldig hört sie sich unsere Sorgen und Nöte an, immer weiß sie einen Rat und stetig manövriert sie das Institut durch die Jahre.

Danken will ich den Kollegen vom International Newsletter, namentlich Dr. Sebastian Benz, Dr. Natale Rampazzo, Dr. Klaus Wiedemann und Seyhan Uğurlu, LL.M. (MIPLC), mit dem ich auch über zwei Jahre hinweg die Redaktion der IIC übernehmen durfte. Unsere Redaktionssitzungen im blauen Haus fehlen mir.

Zuletzt möchte ich unsere Urheberrechtsgruppe nennen, die in wechselnder Besetzung aber stetiger Intensität die rechtspolitischen Entwicklungen während meiner Institutsjahre diskutiert und behandelt hat. Hierzu gehören Andrea Bauer, Ansgar Kaiser, Dr. Ricarda Lotte, Dr. Valentina Moscon, Dr. Aaron Stumpf und Dr. Heiko Richter.

Bedanken möchte ich mich auch bei meinen Eltern und Geschwistern. Ihr fürsorglicher Zuspruch hat mir den notwendigen Rückhalt zur Durchführung dieser Arbeit gegeben. Mein besonders herzlicher Dank gebührt meiner Ehefrau, Dr. Amélie Sutterer-Kipping, der ich diese Arbeit widme.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	23
Thema und Zielsetzung	23
Methodik und Gang der Untersuchung	28
Teil 1. Das Verwertungsgesellschaftssystem	35
Kapitel 1. Die Rolle der Verwertungsgesellschaften im Urheberrechtsverkehr	37
A. Grundlagen	37
I. Begriffsbestimmung	37
II. Historische Entwicklung der Verwertungsgesellschaften	39
III. Die Verwurzelung der Verwertungsgesellschaften im Urheberrecht	41
B. Funktionen der kollektiven Rechtewahrnehmung	43
I. Ökonomische Funktionen	45
1) Transaktionskosten- und Informationsökonomik	47
2) Risikoverteilungsansatz	53
3) Marktschaffungsfunktion	54
4) Zusammenfassung	55
II. Kulturelle Funktionen	56
III. Soziale Funktionen	59
IV. Gesamtbetrachtung	62
C. Das Urheberrecht als Gegenstand der kollektiven Rechtewahrnehmung	64
I. Das dualistische System von Exklusivität und Kollektivierung	64
II. Die Fragmentierung der Rechte	66
1) Fragmentierung durch individuelle Wahrnehmungsbefugnisse im Bereich des Urheberpersönlichkeitsrechts	67
2) Territoriale Fragmentierung der Rechte	70
3) Horizontale Fragmentierung der Rechte	71

4) Vertikale Fragmentierung der Rechte – die MyVideo-Entscheidung	72
a) Urheberrechtliche Befugnisse und ihr Verhältnis zur Nutzungsart	74
(1) Verwertungsrechte	75
(2) Nutzungsrechte	76
(3) Nutzungsarten	78
(4) Das Zusammenspiel der Befugnisse	79
b) Die MyVideo-Entscheidung	81
(1) Argumente für die Aufspaltbarkeit der Rechte	83
(2) Argumente gegen die Aufspaltbarkeit der Rechte	84
(3) Ergebnis	101
c) Die Kollektivierung der mechanischen Rechte in den USA	102
D. Zusammenfassung	103
 Kapitel 2. Die Internationale Rechtevergabe durch Verwertungsgesellschaften nach dem alten Modell – Gegenseitigkeitsverträge als Kollisionsrechtssatz	 107
A. Szenarien der internationalen Betätigung von Verwertungsgesellschaften	107
B. Die Praxis der nationalen Wahrnehmungstätigkeit auf Grundlage der Gegenseitigkeitsverträge und ihre Ausstrahlung auf das Urheberwahrnehmungsgesetz	108
I. Die Überwindung der nationalen Beschränkungen im Innenverhältnis der Verwertungsgesellschaften	109
II. Die territoriale Begrenzung des alten Wahrnehmungsrechts	110
III. Zwischenfazit	113
C. Die kartellrechtliche Bewertung der Gegenseitigkeitsverträge	114
I. Die Entscheidungen <i>Tournier</i> und <i>Lucazeau</i>	115
II. Das CISAC Verfahren	117
D. Prozessuale Hindernisse für die grenzüberschreitende Betätigung von Verwertungsgesellschaften	119
E. Fazit	121

Teil 2. Die rechtliche Kontrolle von Verwertungsgesellschaften im Mehrebenensystem der Regulierung	123
Kapitel 1. Die Verwertungsgesellschaftenrichtlinie	125
A. Ziele des europäischen Modells der kollektiven Rechtewahrnehmung	125
B. Regelungsgehalt der Verwertungsgesellschaftenrichtlinie	127
I. Die Regelung des Innenverhältnisses der Verwertungsgesellschaften	128
II. Das Außenverhältnis der Verwertungsgesellschaften	130
III. Das Binnenverhältnis zwischen Verwertungsgesellschaften – Gegenseitigkeitsverträge und Repräsentationsvereinbarungen	131
IV. Unterscheidung zwischen Online und Offline	132
C. Interessenbezogene Analyse der Verwertungsgesellschaftenrichtlinie im Modell der right-holders' option	133
I. Die Interessenvielschichtigkeit im Urheberrecht	134
II. Die Interessenlage im Verwertungsgesellschaftssystem und ihre Berücksichtigung durch die VG-RL	136
1) Interessen der Rechteinhaber	137
2) Interessen der Rechtenutzer	139
3) Übergeordnete Interessen	140
D. Zusammenfassung	142
Kapitel 2. Die Kontrolle von Verwertungsgesellschaften – Analyse der Kontrollebenen und ihrer Wirksamkeit	145
A. Die interne Aufsicht	146
B. Die externe Aufsicht	148
I. Grundlagen der Aufsicht	149
II. Aufgaben und Befugnisse der Aufsichtsbehörde	150
III. Die Aufsichtspraxis	152
IV. Der Einfluss der Verwertungsgesellschaftenrichtlinie auf die aufsichtsrechtliche Kontrolle der Verwertungsgesellschaften im Binnenmarkt	154
1) Auswirkungen auf das anwendbare Aufsichtsrecht	154

2) Auswirkungen auf die Zuständigkeit und Befugnisse der Aufsichtsbehörden	156
V. Reichweite der deutschen Aufsicht im außereuropäischen Kontext	157
VI. Fazit	161
C. Das Kartellrecht als Kontrollmittel über Verwertungsgesellschaften	162
I. Ebenen der kartellrechtlichen Kontrolle	162
1) Kontrolle nach Art. 101 AEUV und nach Art. 102 AEUV.	162
2) Ebenen und Grundvoraussetzungen der Kontrolle nach Art. 102 AEUV	166
II. Kartellrechtliche Kontrolle der Tätigkeit von Verwertungsgesellschaften gegenüber Rechteinhabern	170
III. Kartellrechtliche Kontrolle der Tätigkeit von Verwertungsgesellschaften gegenüber Nutzern	171
1) Abschlusszwang der Verwertungsgesellschaften im europäischen Wettbewerbsrecht	174
2) Preiskontrolle bei der Lizenzierung durch Verwertungsgesellschaften im europäischen Wettbewerbsrecht	175
IV. Fazit	179
D. Regulatorisches Privatrecht als Kontrollmittel über Verwertungsgesellschaften	181
I. Die privatrechtlichen Vorschriften im neuen Verwertungsgesellschaftsrecht	182
1) Das Verwertungsgesellschaftsrecht im Spannungsfeld zwischen öffentlichem Recht und Privatrecht	182
2) Strukturierung der privatrechtlichen Rechte und Pflichten	188
a) Normen zur Regelung der Wahrnehmungstätigkeit	188
b) Normen zur Regelung der Lizenzierungstätigkeit	191
c) Normen zur Regelung der Zusammenarbeit von Verwertungsgesellschaften	193
II. Fazit	196
E. Ergebnis	197

Teil 3. Entwicklung von Kollisionsnormen für das Wahrnehmungsrecht	201
Kapitel 1. Grundsätze für ein Kollisionsrecht jenseits des europäischen Binnenmarktkonzepts	203
A. Konzeptionelle Grundlagen der Anknüpfung	203
I. Methodische Grundlagen für die Entwicklung eines Kollisionsrechts der kollektiven Rechtewahrnehmung	203
1) Besonderheiten des Wirtschaftskollisionsrechts	203
2) Keine Funktionsgewährleistung durch andere Kontrollinstitutionen	206
3) Berücksichtigungsfähigkeit von Interessen im Internationalen Privatrecht	207
II. Grundsätzliche Systembildung – Rechtsverhältnisse und Statuten	209
1) Mögliche Statuten	209
2) Besondere Rechte und Pflichten im Verwertungsgesellschaftsrecht	210
B. Kollisionsrechtliche Vorgaben im speziellen Verwertungsgesellschaftsrecht	211
I. Das kollisionsrechtliche Konzept der VG-RL	211
II. Das kollisionsrechtliche Konzept des VGG	216
C. Das urheberrechtliche Kollisionsrecht als Basis des Kollisionsrechts der kollektiven Rechtewahrnehmung	217
I. Begründung der Anknüpfung nach dem Schutzlandprinzip	217
1) Das Verwertungsgesellschaftsrecht als Teil des materiellen Urheberrechts	217
a) Systematischer Zusammenhang	218
b) Funktionaler Zusammenhang	221
c) Ableitungen	223
2) Rückwirkungen der materiell-rechtlichen Verbindung von Urheberrecht und Verwertungsgesellschaftsrecht auf das Kollisionsrecht der kollektiven Rechtewahrnehmung	224
3) Zwischenfazit	228

II. Das urheberrechtliche Kollisionsrecht	228
1) Grundlagen des Internationalen Urheberrechts	229
a) Die Lehre von der Territorialität der Immaterialgüterrechte	230
(1) Der Inländergleichbehandlungsgrundsatz in der RBÜ als völkerrechtliche Statuierung des Territorialitätsprinzips	232
(2) Das Universalitätsprinzip	234
b) Das Schutzlandprinzip	235
2) Übertragung der kollisionsrechtlichen Diskussion auf den Bereich der kollektiven Rechtswahrnehmung	239
a) Bewertung des Ursprungslandprinzips – bringt das Ursprungslandprinzip Erleichterung bei der grenzüberschreitenden Wahrnehmung von Rechten?	240
(1) Übertragung der Argumente für das Ursprungslandprinzip auf das Urheberrecht im Massenverkehr	241
(2) Übertragung der Argumente für das Ursprungslandprinzip auf das Urheberrecht im schrankennahen Bereich	245
b) Kollisionsrechtliche Ableitungen	246
3) Zwischenfazit	248
III. Alternative Statuten für die Bildung eines Kollisionsrechts der kollektiven Rechtswahrnehmung – Reichweite der Schutzlandanknüpfung im Urheberrecht	250
1) Wahrnehmungsstatut	250
2) Vertragsstatut	251
a) Wirkung des Vertragsstatuts	252
b) Abgrenzung vom Urheberrechtsstatut	254
IV. Zusammenfassung	256
D. Übertragung auf einzelne Rechte und Pflichten im Verwertungsgesellschaftsrecht – die Kontrahierungspflichten der Verwertungsgesellschaften	257
I. Konstellationen mit Auslandsbezug	257
II. Anknüpfung im Rahmen der Rom I-VO	258
III. Anknüpfung im Rahmen der Rom II-VO	260

IV. Autonome Anknüpfung	261
1) Der Wahrnehmungszwang	262
a) Qualifikation auf Grundlage einer Funktionsanalyse	262
b) Qualifikation auf Grundlage der kollisionsrechtlichen Interessen	265
c) Der Wahrnehmungszwang bei Wahrnehmung von gesetzlichen Vergütungsansprüchen und verwertungsgesellschaftspflichtigen Rechten	266
(1) Schranken als mehrseitig konzipierte Regulierungssysteme des Urheberrechts	266
(2) Ausbleibender Wettbewerb	268
(3) Regulatorische Einheitlichkeit mit dem Aufsichtsrecht	269
(4) Notwenige Begrenzung der Anwendung des Schutzlandrechts	269
(5) Zwischenergebnis	273
d) Der Wahrnehmungszwang bei Wahrnehmung von Ausschließlichkeitsrechten	274
(1) Keine zwingende Erforderlichkeit zur urheberrechtlichen Funktionsgewährleistung	274
(2) Verdrängung ordnungspolitischer Interessen im Wettbewerbssystem der „right-holders“ option“	274
(3) Öffnung für die stärkere Berücksichtigung von Partei- und Verkehrsinteressen	275
(4) Zwischenergebnis	276
2) Ergebnis	276
3) Der Abschlusszwang	278
V. Zwischenergebnis	279
E. Bewertung besonderer Verpflichtungen aus dem Wahrnehmungsverhältnis	280
I. Verteilung der Einnahmen durch Verwertungsgesellschaften	281
1) Allgemeine Regelungen zur Verteilung der Einnahmen von Verwertungsgesellschaften	282
2) Die bisherige Praxis der grenzüberschreitenden Verteilung durch Verwertungsgesellschaften über Gegenseitigkeitsverträge	283

3) Beschreibung des Grundproblems im nationalen Wahrnehmungsfall	287
a) Repobel und Verlegerbeteiligung als Ausgangsfall eines Qualifikationsproblems	288
b) Die nationale Normenkollision als Spiegel des Qualifikationsproblems	290
4) Fallgruppen der grenzüberschreitenden Verteilung von Einnahmen durch Verwertungsgesellschaften	292
a) Fallgruppe 1: Direkte Wahrnehmung von Urheberrechten und gesetzlichen Vergütungsansprüchen durch eine ausländische Verwertungsgesellschaft	292
b) Fallgruppe 2: Grenzüberschreitende Wahrnehmung über Gegenseitigkeitsverträge wobei alle (potentiellen) Rechteinhaber derselben Verwertungsgesellschaft angehören	293
c) Abwandlung von Fallgruppe 2: Die Rechteinhaber sind bei unterschiedlichen Verwertungsgesellschaften	294
d) Fallgruppe 3: Rechtewahrnehmung durch eine inländische Verwertungsgesellschaft in Deutschland, wobei nicht alle potentiellen Rechteinhaber dieser angeschlossen sind	296
5) Das anwendbare Recht hinsichtlich der Verteilung der Einnahmen aus der Wahrnehmung des Ausschließlichkeitsrechts	296
a) Strukturelle Nähe zum Urheberrechtsstatut	297
(1) Reichweite von Art. 8 Abs. 1 Rom II-VO	297
(2) Strukturelle Nähe aufgrund eines Funktionszusammenhangs	298
(3) Die Auswirkungen der Anwendung des Urheberrchtsstatuts	299
(4) Exzessive Rechtsanwendung bei Geltung des Urheberrechtsstatuts	300
b) Anwendung des Vertragsstatuts	300
c) Anwendung des Wahrnehmungsstatuts	301
(1) Allgemeine Wirkungen	301

(2) Die Wirkungen im Gegenseitigkeits- bzw. Repräsentationsverhältnis	302
(3) Absicherung des Willkürverbots durch gesonderte Anknüpfung des Berechtigtenbegriffs bzw. der Rechteinhaberschaft	303
(4) Zusammenfassung	305
d) Zwischenergebnis	306
e) Analyse der kollisionsrechtlichen Interessen	307
(1) Ordnungsinteresse	307
(2) Parteiinteresse	309
(3) Verkehrsinteressen	311
(4) Zwischenergebnis	311
f) Kollisionsrechtliche Bewertung von § 46 VGG	312
g) Ergebnis	313
6) Das anwendbare Recht hinsichtlich der Verteilung der Einnahmen aus der Wahrnehmung gesetzlicher Vergütungsansprüche und verwertungsgesellschaftspflichtiger Rechte	314
a) Einheitliche Qualifikation des Wahrnehmungsverhältnisses	315
b) Urheberrechtliche Qualifikation des Wahrnehmungsverhältnisses im Bereich der Schranken mit Erstreckung auf die Einnahmenverteilung	317
(1) Reichweite der Schrankenregelung – der inhaltliche Zusammenhang von Beschränkung und Vergütung	317
(2) Erweiterte Schrankenfunktion	318
(3) Die besondere Rolle der Verwertungsgesellschaften im Bereich der Schranken	319
(4) Zweifelhafte Erforderlichkeit der Vergütungssicherung durch grenzüberschreitende Durchsetzung urheberrechtlicher Wertungen	321
c) Fazit	325
7) Ergebnis	326

II. Repertoireirückzugsrechte	326
1) Kollisionsrechtliche Verortung im (Urheber-)Vertragsstatut	327
a) Kollisionsrechtliche Behandlung der urheberrechtlichen Rückrufrechte (§§ 41, 42 und § 34 Abs. 3 S. 2 UrhG)	328
b) Übertragung der Überlegungen auf das verwertungsgesellschaftsrechtliche Rückrufrecht	332
c) Qualifikation	333
(1) Kollisionsrechtliche Interessen – auswirkungsbezogene Betrachtung	333
(2) Gesetzgeberische Intention des Geltungs- und Wirkungsrahmens	334
(3) Kollisionsrechtliche Verortung zwischen Wahrnehmungs- und Vertragsstatut	334
2) Ergebnis	335
III. Voraussetzungen und Bedingung der Mitgliedschaft in den Verwertungsgesellschaften sowie Mitwirkungsrechte der Berechtigten	336
1) Bedingungen der Mitgliedschaft	337
a) Qualifikation	337
b) Zwischenergebnis	338
2) Grundsätze der Mitwirkung und Organisationsstruktur der Verwertungsgesellschaft	338
a) Qualifikation	338
(1) Die Rolle Gesellschaftsstatuts	339
(2) Die Grundsätze der Mitwirkung als wahrnehmungsspezifische Regelungen	340
b) Zwischenergebnis	342
3) Ergebnis	342
IV. Verwandte Pflichten, die ebenfalls dem Wahrnehmungsstatut unterfallen	342
1) Die kollisionsrechtliche Behandlung der Informationspflichten	343
a) Der Ordnungsrahmen im deutschen Recht	343
b) Qualifikation	343
c) Zwischenergebnis	344
2) Rechnungslegung und Transparenzbericht	345

3) Ergebnis	345
V. Zusammenfassung und Ergebnis für die Pflichten aus dem Wahrnehmungsverhältnis	346
F. Bewertung der besonderen Verpflichtungen aus dem Lizenzverhältnis	348
I. Der Abschlusszwang und verwandte Pflichten	349
1) Die funktionale Einheitlichkeit der Regulierung der Lizenzzugangsbedingungen	349
2) Die kollisionsrechtliche Ausgangslage nach dem alten Recht	350
3) Qualifikation	351
a) Die marktgestaltende und schrankenähnliche Funktion der Zugangssicherung zu den Repertoires	352
(1) Die urheberrechtliche Funktion	354
(2) Zusammenhang von Abschlusszwang und Kartellrecht	358
b) Die kollisionsrechtlichen Interessen	362
4) Ergebnis	364
II. Informations- und Auskunftsansprüche	364
1) Informationspflichten der Verwertungsgesellschaften	364
a) Qualifikation	364
b) Ergebnis	366
2) Auskunftsansprüche der Verwertungsgesellschaften gegenüber Nutzern	366
a) Qualifikation	366
b) Ergebnis	367
III. Vermutungsregelungen	367
1) Der Rechtsrahmen – die unterschiedlichen Vermutungsregelungen	367
2) Qualifikation	369
a) Der rechtliche Charakter der Vermutungsregelungen	369
(1) Gesetzliche Vermutungen	370
(2) Tatsächliche Vermutungen – die „GEMA-Vermutung“	371
b) Bestimmung der lex causae	372
3) Ergebnis	373
IV. Zusammenfassung und Ergebnis	373

G. Bewertung der besonderen Verpflichtungen der Verwertungsgesellschaften untereinander – Das Gegenseitigkeits- und Repräsentationsverhältnis	374
I. Grundsätzliche Anwendung des Vertragsstatuts	374
II. Qualifikation des Repräsentationszwangs	375
1) Vergleich mit dem Wahrnehmungszwang	376
2) Bedeutung der Repertoireakkumulation	377
3) Auswirkungsbezogene Betrachtungen	377
III. Ergebnis	379
H. Kollisionsrechtliche Behandlung der Verwertungsgesellschaftseigenschaft	379
I. Die Bedeutung für den Anwendungsbereich des Verwertungsgesellschaftsrechts	379
II. Kollisionsrechtliche Behandlung als Vor- oder Teilfrage	380
III. Ergebnis	383
I. Gesamtergebnis	384
I. Zusammenfassung	384
II. Darstellung der kollisionsrechtlichen Vorschläge	387
Kapitel 2. Korrekturen des kollisionsrechtlichen Ergebnisses durch das Herkunftslandprinzip – ein neues Binnenmarktkollisionsrecht?	391
A. Ausgangsbetrachtung	391
B. Bedeutung des Herkunftslandprinzips und seine Wirkung auf das Kollisionsrecht	393
I. Das Herkunftslandprinzip – von der Erfassung verwaltungsrechtlicher Kontrollen zur Erstreckung auf zivilrechtliche Fragen	393
II. Unterscheidung zwischen dem sekundärrechtlich und dem primärrechtlich verankerten Herkunftslandprinzip sowie dem primärrechtlichen Herkunftslandprinzip im koordinierten Bereich.	395
1) Das primärrechtliche Herkunftslandprinzip und seine kollisionsrechtliche Wirkung	396
a) Die Geltung des Herkunftslandrechts als kollisionsrechtlicher Ausgangspunkt	397

b) Das Herkunftslandprinzip als kollisionsrechtlicher favor	397
c) Das Herkunftslandprinzip als eigenständiges Modell	399
d) Fazit	402
2) Das sekundärrechtliche Herkunftslandprinzip	403
a) Das Herkunftslandprinzip in der E-Commerce-Richtlinie	403
b) Das Herkunftslandprinzip in der Dienstleistungsrichtlinie	408
c) Das Herkunftslandprinzip der AVMD-RL	410
d) Fazit	410
3) Gemeinsame Prinzipien	412
4) Rückschlüsse auf das Sitzlandprinzip der VG-RL	413
5) Bedeutung des Harmonisierungsgrades der VG-RL für die Rechtfertigung von Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit	417
III. Zusammenfassung	419
IV. Zwischenergebnis: Vom Sitz- bzw. Herkunftslandprinzip (potentiell) betroffene Rechte und Pflichten	421
C. Konkrete Einwirkungen von Sitz- und Herkunftslandprinzip auf die Rechte und Pflichten der Verwertungsgesellschaften im Binnenmarkt	422
I. Ausgangspunkt der Untersuchung	422
1) Leitende Prinzipien für die Untersuchung der Reichweite des Sitz- und Herkunftslandprinzips	422
2) Geltung der Dienstleistungsrichtlinie	423
3) Der Rahmen der Dienstleistungsfreiheit	425
a) Anwendungsbereich	425
b) Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot	427
c) Maßgaben an die Rechtfertigung	430
4) Zwischenfazit	432
II. Verteilung der Einnahmen der Verwertungsgesellschaften aus gesetzlichen Vergütungsansprüchen und verwertungsgesellschaftspflichtigen Rechten	433
1) Ergebnis der kollisionsrechtlichen Untersuchung und Fragestellung für Binnenmarktsachverhalte	433
2) Beschränkung	434

3) Rechtfertigung	436
a) Legitimer Zweck: Der Schutz der Rechte des geistigen Eigentums als Rechtfertigungsgrund	437
b) Geeignetheit	439
c) Erforderlichkeit	440
(1) Der Harmonisierungsstand zur Verteilung der Einnahmen im Wahrnehmungsrecht	441
(2) Der Harmonisierungsstand der urheberrechtlichen Schranken	442
(3) Art. 16 DSM-RL	444
(4) Ableitungen zur Erstreckung des Sitzlandprinzips auf originär urheberrechtliche Verteilungsfragen im Binnenmarkt	445
4) Zusammenfassung	449
5) Ergebnis	451
III. Die Bedingungen der Wahrnehmung eines gesetzlichen Vergütungsanspruchs oder eines in sonstiger Weise eingeschränkten Rechts	451
1) Ergebnis der kollisionsrechtlichen Untersuchung	451
2) Beschränkung	452
3) Rechtfertigung	452
a) Hinreichender Schutz durch Harmonisierung	453
b) Rechtliche Einheit von Schranke und Wahrnehmungsverpflichtung	454
4) Zusammenfassung und Ergebnis	456
IV. Der Rechtezugang	456
1) Einheitlichkeit der wesentlichen Verpflichtungen im Lizenzverhältnis	456
2) Das Diskriminierungsverbot der VG-RL im Lizenzverhältnis	458
a) Die Tarifkontrolle nach dem europäischen Kartellrecht	459
(1) Die sachliche Ungleichbehandlung	459
(2) Die territoriale Ungleichbehandlung	461
b) Rückbezug zur VG-RL	464
3) Zusammenfassung	467

4) Rechtezugang und Dienstleistungsfreiheit	467
a) Die Lizenzzugangsansprüche im Bereich des Ausschließlichkeitsrechts	468
(1) Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit	468
(2) Rechtfertigung	469
(3) Ergebnis	477
b) Sonderregelungen für die Zugangsansprüche bei der Vergabe multiterritorialer Online-Musikrechte?	477
(1) Das Wesen der Mehrgebietslizenzen	479
(2) Die Regulierungsmechanismen zur Förderung der Mehrgebietslizenzen	483
(3) Praktische Auswirkungen auf die Rechtevergabe	485
(4) Ergebnis	486
c) Die Tarife im Bereich der urheberrechtlichen Schranken	487
(1) Harmonisierungsstand und Beschränkung	487
(2) Rechtfertigung	488
(3) Ergebnis	491
V. Die Befugnis zur und die Bedingungen der Nutzung ohne Lizenz	491
VI. Werk- und lizenzbezogene Informationspflichten der Verwertungsgesellschaften gegenüber den Rechtenutzern	492
1) Kollisionsrechtlicher Ausgangspunkt	492
2) Beschränkung und legitimer Zweck	492
3) Rechtfertigung	493
4) Ergebnis	496
D. Gesamtergebnis	496
 Kapitel 3. Grenzüberschreitende Rechtsfragen bei erweiterten kollektiven Lizenzen (EKL), insbesondere bei der Nutzung vergriffener Werke	501
A. Kollisionsrechtlicher Ausgangspunkt	501
B. Die besonderen Mechanismen der erweiterten kollektiven Lizenz aus der DSM-RL	502

C. Das allgemeine Modell der kollektiven Lizenzvergabe mit erweiterter Wirkung nach Art. 12 DSM-RL	503
I. Das Modell der Repräsentativität in Art. 12 Abs. 3 lit. a)	503
II. Die rechtlichen Anforderungen an die Informationsbemühungen der Verwertungsgesellschaften, Art. 12 Abs. 3 lit. d) DSM-RL	506
D. Vergriffene Werke in Europa	508
I. Hintergrund der Regelung	508
II. Die Tatbestandsmerkmale in der Regulierung vergriffener Werke	509
III. Die Umsetzung des Binnenmarktkonzepts für vergriffene Werke	510
1) Der territoriale Bezugspunkt des Vergriffenseins	511
2) Der territoriale Bezugspunkt der Repräsentativität	512
3) Das Ursprungslandprinzip in Art. 9 Abs. 2 DSM-RL	517
a) Das dogmatische Konzept des Ursprungslandprinzips	517
b) Grenzen des Ursprungslandprinzips in Art. 9 Abs. 2 DSM-RL	519
E. Ergebnis	520
Schlussbetrachtung	523
Literaturverzeichnis	533